

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE SOMMERZEIT
Pressestelle
Postfach 2675, 3001 Bern Telefon 031 45 66 61

An die Redaktionen der
deutschsprachigen Schweizerpresse

Bern, 17. Mai 1978

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der heutige Pressedienst enthält den Aufruf des Schweizerischen Aktionskomitees gegen die Sommerzeit an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger; wir bitten Sie ebenso höflich wie nachdrücklich um dessen Abdruck in Ihrer geschätzten Zeitung.

Wer seinen Lesern noch einmal in Erinnerung rufen möchte, wie es sich mit der Vorgeschichte der "Sommerzeit" verhält, findet hier einen weiteren Artikel. Ausserdem wird das Argument der kürzeren Ruhezeit in der Nacht erläutert, und schliesslich finden Sie auch einen Kommentar zur Bildung eines Aktionskomitees für das Zeitgesetz als Rettungs- oder Pro-forma-Aktion in letzter Stunde.

Wir danken Ihnen einmal mehr für das Interesse, das Sie unserem Anliegen entgegenbringen, und grüssen Sie

freundlich und
mit kollegialer Wertschätzung

sig. Dr. Rolf Haeberli

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE SOMMERZEIT
Pressestelle
Postfach 2675, 3001 Bern Telefon 031 45 66 61

Pressedienst Nr. 8 vom 17. Mai 1978

A u f r u f

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Am 28. Mai haben wir über das Zeitgesetz abzustimmen, welches dem Bundesrat die Kompetenz geben will, die sogenannte Sommerzeit einzuführen. Wir lehnen diese willkürliche und widernatürliche Zeitverschiebung ab. Weder lässt sich damit Energie einsparen, noch bringt eine solche Zeitmanipulation irgendwelchen volkswirtschaftlichen Nutzen. Das Argument, wonach die Schweiz zu keiner "Zeitinsel" werden dürfe und sich dem übrigen Europa anpassen müsse, betrachten wir nicht als stichhaltig. Auch in der Bundesrepublik Deutschland und in Oesterreich sind die Widerstände gegen die "Sommerzeit" gross, und man wäre dort froh um ein schweizerisches Nein.

Von der "Sommerzeit" betroffen wären vor allem die Bauern, deren Tagesablauf sich teils nach der Uhrzeit, teils jedoch nach dem natürlichen Sonnenstand richtet. Die Benachteiligung würde sich für diese Minderheit unseres Volkes in einer Arbeiterschwernis, in einer Verlängerung des Arbeitstages und in Mehrkosten auswirken. Sie würde noch mehr in die gesellschaftliche Isolation gedrängt, was unter allen Umständen zu vermeiden ist. Neben der Landwirtschaft sind auch für die übrige Bevölkerung negative Auswirkungen in Form von Schlafmanko, gesundheitlichen Störungen sowie erhöhter Unfallgefahr auf der Strasse und am Arbeitsplatz zu befürchten. Der vermeintlich "längere" Abend bedeutet mehr Verkehr und länger Lärm. Ausserdem schafft die "Sommerzeit" zusätzliche Probleme für die Erziehung der Kinder und die Schule. Betroffen wäre schliesslich auch der Flugverkehr (Verlust von Spätflügen).

Die Schweizer sind auch ohne "Sommerzeit" Frühaufsteher. Ihre Uhren bedürfen deshalb keiner "Gleichschaltung" mit Brüssel, Paris und Rom. Wir empfehlen Ihnen, das Zeitgesetz abzulehnen!

Für das Schweizerische Aktionskomitee gegen die Sommerzeit: Nationalrat Albert Rüttimann (Jonen/AG), Präsident; Nationalrat Walter Biel (Zürich); Nationalrat Peter Dürrenmatt (Riehen/BS); Nationalrat Erwin Freiburghaus (Rüfenacht/BE); Nationalrätin Cornelia Füeg (Wisen/SO); Nationalrat Hans Ulrich Graf (Bülach/ZH); Nationalrat Valentin Oehen (Liebefeld/BE); Nationalrat Hans Schmid (St. Gallen); Nationalrat Otto Zwygart (Köniz/BE).

"Sommerzeit", eine Manipulation

sch. Wer von "Sommerzeit" spricht, meint im allgemeinen nicht eine Uhrzeit, sondern eine Zeit schönen und warmen Wetters, die erholsame Ferien, ausgiebiges Baden, frohes Wandern und geruhsame Feierabende im Garten oder auf der Veranda ermöglicht. Erst in neuester Zeit hat der Begriff "Sommerzeit" einen andern Sinn erhalten, nämlich den einer Manipulation der gegenüber der natürlichen Sonnenzeit verschobenen Uhrzeit. Diese Manipulation bewirkt eine völlig unnatürliche Zeitgestaltung im Verhältnis zum Sonnenstand, nach dem sich das Leben in der Natur richtet. Infolge des verschiedenen Sonnenstandes gab es schon seit jeher in Europa drei verschiedene Uhrzeiten: die Osteuropäische Zeit, die der Mitteleuropäischen Zeit um eine Stunde vorging, weil es im Osten auch eine Stunde früher Tag beziehungsweise Nacht wird, und schliesslich die Westeuropäische Zeit, die der Mitteleuropäischen Zeit um eine Stunde nachging, weil es eben im Westen später Tag beziehungsweise Nacht wird.

Nun soll aber die für die Schweiz seit bald hundert Jahren geltende Mitteleuropäische Zeit, die dem Sonnenstand unserer Breitengrade entspricht, nur deshalb manipuliert werden, weil dies einzelne unserer Nachbarländer bereits tun - notabene ohne dass es dafür einen wirklich stichhaltigen Grund gäbe! Das weckt in jener Generation, welche die Jahre des Zweiten Weltkrieges miterlebt hat, reichlich unguete Gefühle. Denn damals wurde in der Schweiz vollmachtenrechtlich die um eine Stunde vorverschobene "Sommerzeit" dekretiert, und man war sich so ziemlich allgemein einig, dass diese Dekretierung nicht ohne einen gewissen Druck der Machthaber des Dritten Reiches unseligen Angedenkens erfolgte. Die Bevölkerung machte damals gute Miene zum bösen Spiel, weil man sich schliesslich sagte, es sei eher eine harmlose Konzession aus militärischen (Verdunkelung!) und aus kriegswirtschaftlichen Gründen, die man wohl schlucken könne. Dazu kam, dass die um eine Stunde vorverschobene damalige "Sommerzeit" eine längere Arbeitszeit bei Tageslicht erlaubte, welche vor allem der "Anbauschlacht" diene. Denn damals waren ja die industriellen und gewerblichen Betriebe verpflichtet, entsprechend der Zahl ihrer Beschäftigten Ackerland zu bebauen und so zur Versorgung des Landes mit rationierungsfreien Lebensmitteln (vor allem Kartoffeln und Gemüse) beizutragen. So fand man sich, der Not gehorchend, mit der schon damals als unnatürlich empfundenen "Sommerzeit" ab.

Das Experiment währte aber nur zwei Jahre, nämlich 1941 und 1942, und es wurde abgebrochen, als die Machtdrohung des Dritten Reiches nach El Alamein und Stalingrad zu schwinden begann. Seither war nicht mehr die Rede von der "Sommerzeit" - bis der Bundesrat am 11. Mai 1977 mit einer Botschaft beantragte, ihn zu deren Einführung in "Angleichung der Zeitählung an diejenige benachbarter Staaten" zu ermächtigen. Er stellte diesen Antrag in der Annahme, "dass wahrscheinlich schon im Jahre 1978 alle unsere Nachbarn (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Fürstentum Liechtenstein, Oesterreich) eine harmonisierte Sommerzeit einführen werden", und das Parlament liess sich dazu verleiten, die ohne Vernehmlassungsverfahren präsentierte Vorlage in einer Session durchzupeitschen. Inzwischen wissen wir, dass die erwähnte Annahme falsch war und voraussichtlich überhaupt nicht oder erst viel später zutreffen wird. Denn insbesondere für Deutschland wegen der Situation in der zweigeteilten Stadt Berlin, aber auch für Oesterreich wegen der für seine fast sämtlichen Nachbarstaaten weiterhin geltenden

Mitteleuropäischen Zeit stellt die Einführung der "Sommerzeit" ein äusserst heikles politisches Problem dar.

So wie die Dinge jetzt liegen, würde die Einführung der "Sommerzeit" also nicht eine "Angleichung der Zeitählung an diejenige benachbarter Staaten", sondern nur neue Ungleichheiten und Verschiebungen bewirken. Was das für einen Sinn haben sollte, bleibt unerfindlich - ganz abgesehen davon, dass nicht einzusehen ist, weshalb wir eine unnatürliche Zeitverschiebung vornehmen sollen, nur weil andere Länder den Fehler schon vor uns gemacht haben. Es geht jedenfalls nicht nur um eine Angelegenheit der Landwirtschaft, obwohl für diese die Auswirkungen besonders gravierend wären, weil nämlich mit der Natur auch Tiere und Pflanzen sich nicht nach verrückten Uhrzeigern, sondern nach dem Sonnenstand richten. Es geht vielmehr darum, nicht voreilig in "Anpassung" zu machen, nur weil anderswo solche Manipulationen von oben herab möglich sind. Und wenn dabei gar von Vorteilen für die Volksgesundheit die Rede ist, so bleibt zu bedenken, dass "Sommerzeit" praktisch länger arbeiten und verkürzte Schlafenszeit - letzteres vor allem für die Kinder - bedeuten würde und somit kaum gesundheitsfördernd wäre. Unter solchen falschen Annahmen und bei handgreiflichen Nachteilen sagt man zum Zeitgesetz am besten Nein.

"Sommerzeit" = weniger Ruhezeit

aH. Ruhe und diese in angemessenem Rahmen braucht jeder Mensch, der gesund und auch leistungsfähig bleiben will. Vor allem wichtig ist ein ausreichender und ungestörter Schlaf. Bei manchen Erwachsenen und besonders auch bei Kindern ist indessen die Schlafzeit schon heute eher knapp. Man "betreibt" deshalb bis in den späten Abend sogenannte Freizeit mit Fernsehen, Kino- und Wirtschaftsbesuchen, oder man beschäftigt sich sonstwie und geht nicht rechtzeitig schlafen. Der Morgen ist dann um so rascher da.

Mit der Einführung der "Sommerzeit" wäre eine Stunde früher Tagwache. Dies bringt zweifellos Probleme für die Gesundheit. Man kann nämlich nicht bestreiten, dass "Sommerzeit" weniger Ruhezeit bedeutet. Am Abend wird es länger hell sein, die Kinder wird man nicht oder nur mit Mühe zur ordentlichen Uhrzeit ins Bett bringen, wenn noch der Lärm überall herrscht, wenn männiglich den verlängerten Feierabend genießt, der Nachbar mit dem Rasenmäher seine Runden dreht und der Töfflikrach auf gewohnten Touren läuft. All das hat zur Folge, dass die Ruhezeit knapper wird. Folgen werden sich namentlich bei Schulkindern zeigen, indem diese nicht mehr ausgeschlafen zur Schule kommen und Mühe haben, sich zu konzentrieren. In Belgien und Holland, welche die Sommerzeit seit zwei Jahren praktizieren, gibt es Weisungen verschiedener Schulbehörden, "dass in den ersten beiden Schulstunden keine Klassenarbeiten (Prüfungen) mehr geschrieben werden dürfen". Und denken wir auch an jene Kinder in abgelegenen Gebieten, die schon jetzt am frühen Morgen ihren oft mehr als einstündigen Schulweg antreten müssen.

Man ist geneigt zu lächeln über den Widerstand wegen bloss einer Stunde Zeitverschiebung. Es gibt aber tatsächlich unerwünschte Folgen, und zwar nicht nur für die Bauern, die ihre Arbeit nach dem Sonnenstand zu richten haben. Negativ werden auch die Auswirkungen auf die übrige Bevölkerung sein. Verzichten wir deshalb auf die "Sommerzeit" und stimmen wir gegen das neue Zeitgesetz!

Rettungs- oder Pro-forma-Aktion?

R.H. Nun hat sich in letzter Stunde doch noch ein Schweizerisches Aktionskomitee zugunsten des Zeitgesetzes gebildet. Getragen wird es von der CVP und der FDP. Ob es sich dabei um eine Rettungsaktion in letzter Stunde oder nur um eine Pro-forma-Aktion handelt, um sich dem Vorwurf eines Verstosses gegen Artikel 127 des Strafgesetzbuches (im Stichelassen eines Hülflösen) zu entziehen, ist nicht recht ersichtlich...Wie weit dagegen die beiden Parteien mit ihrem Vorgehen gegen die Interessen ihrer bäuerlichen Wähler verstossen, müssen sie mit diesen selber ausmachen. Eine der beiden Präsidenten ist die Basler Nationalrätin Gertrud Spiess, die die nationalrätliche Kommission präsidierte und die in ihrem Eifer, es dem Bundesrat recht zu machen, etwas zu leichtfertig über die bäuerlichen Einwände gegen die Sommerzeit hinwegging. Wir wagen zu behaupten, dass mit mehr Fingerspitzengefühl und Verständnis für die Anliegen der Landwirtschaft und weniger Ironie und Spott - das gilt nicht nur für Frau Spiess - das Referendum möglicherweise sogar unterblieben wäre.

An sich ist es nicht nur ein legitimes, sondern sogar ein notwendiges Unterfangen, dass ein Gesetz, das von den eidgenössischen Räten mit einer deutlichen Zustimmung verabschiedet worden ist, nach dem Verlassen des Parlaments nicht einfach seinem Schicksal oder irgendwelchen Gruppeninteressen überlassen wird. Wir vertreten seit langem die Auffassung, unsere Referendumsdemokratie müsse sich in dieser Beziehung noch etwas einfallen lassen, wenn die direkte Volksbefragung nicht zur Farce werden soll. Das Problem wird um so dringlicher, je mehr die Flut von Abstimmungen anschwillt. Nur mit bundesrätlichen Abstimmungserläuterungen ("Bundesbüchlein") oder über eine allfällige Parteienfinanzierung wird es sich jedenfalls nicht lösen lassen.

Im Falle des Zeitgesetzes ist allerdings hinter die "deutliche Zustimmung" insofern ein Fragezeichen zu setzen, als das Parlament hier eindeutig überrumpelt wurde. Der Bundesrat führte kein Vernehmlassungsverfahren durch, und es konnte damit auch keine richtige Meinungsbildung erfolgen. In den eidgenössischen Räten wurde die Vorlage in beiden Kammern gleichzeitig unter dem Vorwand der Dringlichkeit durchgepeitscht. Verschiedene Parlamentarier, die zum Beitritt in das Aktionskomitee gegen die Sommerzeit eingeladen wurden, erklärten hinterher, sie sähen heute die Nachteile einer solchen willkürlichen und unnatürlichen Zeitverschiebung durchaus ein, aber sie könnten nicht gut mitmachen, denn sie hätten im Parlament Ja gestimmt...

Falsch und irreführend

"Noch dieses Jahr werden alle schweizerischen Nachbarstaaten die Sommerzeit anwenden", schreibt der Pressedienst der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und weiss damit mehr als andere. In Wirklichkeit ist es der EWG bis heute nicht gelungen, die Bundesrepublik Deutschland von den angeblichen Vorteilen der Sommerzeit zu überzeugen. Im Gegenteil, es macht sich eine zunehmende Opposition seitens der Gewerkschaften geltend. Das gleiche gilt auch für Oesterreich, wo man den Volksentscheid in der Schweiz mit Spannung erwartet. Die CVP-Meldung ist also nicht nur verfrüht, sondern ganz einfach falsch und irreführend.